

# Kemberger Zeitung

vormals General-Anzeiger für Kemberg, Bad Schmiedeberg und Umgegend

Erscheint wöchentlich dreimal: Montag, Mittwoch und Freitag abends mit dem Datum des folgenden Tages. / Wöchentliche Beilagen: „Landmanns Sonntagblatt“ und „Mittwochs Unterhaltungsblatt“. — Bezugspreis: Monatlich für Abholer 1,25 M., durch Boten ins Haus gebracht in Kemberg 1,35 M., in den Landorten 1,40 M., durch die Post 1,45 M. — Im Falle höherer Gewalt, Betriebsstörung Streik usw. erfolgt jeder Anspruch auf Lieferung bzw. Rückzahlung des Bezugspreises.



Anzeigenpreis: Die 5spaltigen Petitzeile oder deren Raum 15 Pfg., die 3spaltigen, Reklameseite 40 Pfg., Anzeigengebühren 50 Pfg. / Für Aufnahme von Anzeigen in beliebigen Tagen und Plätzen, sowie für richtige Wiedergabe unentgeltlich geschilderter oder durch Fernsprecher aufgegebenen Anzeigen wird keinerlei Garantie übernommen. / Beilagengebühr: 10. — M., das Zeichnen, auszüglich Postgebühr, Schluß der Anzeigenannahme vormittags 10 Uhr, größere Anzeigen tags zuvor.

Amtsblatt für den Magistrat zu Kemberg, das Amtsgericht und verschiedene Gemeinden

Nr. 18

Donnerstag, den 13. Februar 1930

32. Jahrg.

## Brennholzversteigerung.

Sonnabend, den 15. Februar, vormittags 10 Uhr, sollen im Stadtpark Dppin

- 67 rm kiefernes Scheitholz,
- 130 rm kiefernes Rollholz (Kahltrieb)
- 15 rm Buche und Eiche,
- 45 Reifsthaufen.

versteigert werden.

Sammelort: Forsthaus. Bedingungen im Termin. Kemberg, den 10. Februar 1930.

Der Magistrat.

## Neues in Kürze.

- \* In der mit Spannung erwarteten ersten Reichstagsführung über die Annahme oder Ablehnung der Younggeleihe kam es zu sehr erregten Szenen.
- \* Der österreichische Bundeskanzler Schoner hat sich über sein Verhältnis zu Deutschland sehr herzlich ausgesprochen.
- \* Auf der Seconferenz in London befragte England im Einverständnis mit Amerika den Antrag auf gänzliche Abschaffung der U-Bootweisse.
- \* Eine überflüssige Veranlassung der Beamtenanläufer wurde im Großen Schauspielhaus zu Berlin statt, bei der es sehr erregt zuging.
- \* Der Reichsfinanzminister hatte wieder eine Aussprache mit den Parteiführern und Finanzfachverständigen der Regierungsparteien, in der es auf einer Sanierung des Haushalts im Jahre 1930 bestand.

## Schwere Parlamentsarbeit.

Schon die erste Reichstagsführung zeigte, daß das augenblicklich zu bewältigende Arbeitsgebiet derart groß und umfangreich ist, daß das Haus aufs höchste angespannt in Anspruch genommen sein wird, bis der Etat unter Dach und Fach ist. Würde der Versuch unternommen, auch die Young-Beratung noch zu verschieben, um zunächst eine Verständigung über die Steuern, also die Deckung des Fehlbetrages zu erzielen und womöglich gleichzeitig einen festen Plan für die Finanzreform zu gewinnen, so hat der Außenminister diese Verzögerungstaktik abgelehnt, da er mit Recht den Hinweis bringen konnte, daß nicht mit Sicherheit zu rechnen, daß die Parteien hätten zunächst den Versuch gemacht, die Steuerfragen mit der Young-Beratung zu verbinden, sind aber, infolge der vielen Widerstände davon abgekommen und werden während der Zeit, da sie die Young-Geleihe beraten, ihre Finanzfachverständigen sprechen lassen. Diese traten bereits zusammen mit der Aufgabe, die Vorarbeiten Moltenbauers zu überprüfen und eine Mehrheit für die Etatsberatung zu suchen, um den Etat reibungslos zu verabschieden. Daß den Koalitionsparteien daran liegt, jede Krise zu vermeiden, ist wiederholt betont worden. Auch die Einziehung des Ausschusses der Finanzfachverständigen läßt es erkennen. Wir sind also in diesen Tagen nach zwei Seiten interessiert. Die eine ist der Youngplan und die ihm anhängenden Geleihe. Es ist wohl über die meisten Fragen, die hier zur Verhandlung stehen, eine Einigung gefunden worden, aber noch immer drängt sich mit dem politischen Liquidationsabkommen eine Schwierigkeit auf. Immerhin dürfte sich eine Mehrheit für die Vorarbeiten des Außenministers einstellen.

Aber unangenehm wird die andere Frage, der Etat die notwendige Steuererhöhung, die Fraktionen weiter in Bewegung halten. Es ist interessant, die Aufstellung des Reichsfinanzministers zu prüfen, die mit einem Mehrbedarf von 1695 Millionen Mark abschließt und einzelne Ausgabenposten enthält, die man in der großen Debatte, welche Steuern und wieder Steuern gefordert werden sollen, völlig überläßt. Daß aus dem Jahre 1928 ein Fehlbetrag von 155 Millionen vorliegt, ist bekannt, daß für den Tilgungsfonds für schwebende Schuld 450 Millionen eingeklebt werden müssen, ist das Verdienst des Herrn Schacht, der eine langfristige Anleihe verbindet, daß 50 Millionen für Anleihe-Ablösung eingeklebt werden, entspricht der gleichen Ursache. Nun aber zeigt sich, daß man die Beihilfe für die Arbeitslosenversicherung bei ihrer angeblichen Reform ganz willkürlich zu niedrig nahm, denn heute sieht man ein, daß wenigstens 370 Millionen notwendig sind, dazu kommt ein Zufluß an die Invalidenversicherung mit 170 Millionen, ein Zufluß für die Krienerfüllung mit 100 Millionen und zeigt, wie die sozialen Ausgaben erheblich dazu beitragen, uns fast Steuerermäßigungen

Steuererhöhung zu bringen. Auffallend ist aber der Posten von 230 Millionen Mark, mit dem der Finanzminister den Steuerrückgang einschätzt. Hier wird also ohne weiteres zugegeben, daß entweder die wirtschaftliche Notlage oder die Unfähigkeit der breiten Masse Steuern zu zahlen, die Steuervorschläge über den Haufen wirft. Ansehnlich dieser Forderungen ist die Erhöhung von 702 Millionen aus dem Youngplan ein Tropfen auf dem heißen Stein. Was sollte mit den 700 Millionen alles gefahren, welche großen Pläne waren gereift, wie hat man mit Zahlen jongliert und verheißt, je mehr sich sofort die Minderzahlung für Reparationen bemerkbar machen? Mit Mißtraue best der Finanzminister die Passivseite und hier werden die Finanzfachverständigen der Parteien zu prüfen haben, ob sie dem Finanzminister folgen können. Daß an den Ausgaben, die so vorzüglich genommen sind, gefahren werden kann, ist nicht anzunehmen. Außerdem lehrt die Erfahrung des letzten Jahres, daß es besser ist, nicht willkürliche Streichungen vorzunehmen, da dann doch eine Etatsüberbrechung kommen müßte.

Weber die geforderten Steuern ist genug gesagt worden. Sie sehen Befürworter und Ablehner. Sie finden Zustimmung und schärfste Ablehnung. Wieder einmal werden die Parteien heranzuholen haben, um das Kompromiß zu finden, das nun einmal notwendig ist, um den Zusammenbruch unserer Finanzwirtschaft zu verhindern und die Spaltung unmöglich zu machen. Man spricht davon, daß die Parteien in der Mehrheit doch für Steuern auf Genussmittel plädieren und daß die Umsatzsteuer umgangen werden kann, daß dem Zentrum und der Bayerischen Volkspartei für die Biersteuer Konzessionen auf anderem Gebiet gemacht werden und alle Kräfte deshalb auf eine Vereinigung des Etats hinarbeiten, um diesen Staatsarbeiten sofort die Reichsfinanzreform folgen zu lassen.

Interessant dabei ist, daß man heute nicht mehr an eine Finanzreform denkt, die für die nahe Zukunft gelten soll, sondern an eine Reform auf weite Sicht, an eine Reform, die weniger die Finanzen angeht, als die Aufgaben- und Kräfteverteilung. Man wird während der Lage, da die Etats beraten werden, immer wieder Absteher in die Finanzreform machen, aber die tatsächlichen Arbeiten erst aufnehmen, wenn man die Etats erledigt hat.

Damit aber ist das erreicht, was eigentlich Bedingung war, die Gliederung der Arbeit, die Lösung der drei wichtigsten Fragen daneinander und ihre Behandlung als eine einzelne Einheit. Es ging zunächst etwas bunt durcheinander und bis sich diese Gliederung ergab, mußten sich die Parteiführer und der Finanzminister erst überzeugen, daß man mit der Zusammenziehung sämtlicher Fragen keinen Schritt weiter kam. Im Lande sieht man heute noch nicht so klar und wirft ein wenig zu viel die Einzelangaben durcheinander. Jede Aufgabe hat in sich aber schon so viele wichtige Momente, daß man aus der ersten Reichstagsführung schon erfahren mußte, wie richtig eine Einzelbehandlung war und sein wird.

## Curtius über den Haag.

Kampfbeginn im Reichstag.

Berlin, 12. Februar.

Nebstfülle Logen und Tribünen, vollbesetztes Haus, ein Heer von Ministerialreferenten und Beamten, auf den Plätzen des Reichstags und der Übergangstrassen Kopf an Kopf, auf der Regierungsbank neben dem Reichstagspräsidenten und dem Minister für die besetzten Gebiete der Hauptredner des Tages, Reichsaußenminister Dr. Curtius — alles Vorzeichen und Gepräge eines ganz großen Tages, über dem Gange etwas Unabsehbares, Unheimliches — ein Fieber von Erwartung und Spannung — als Reichstagspräsident Ebe die Sitzung um 12 Uhr eröffnet.

## Eine erregte Sitzung.

Er widmet zunächst

dem Abgeordneten Dr. Levi,

der inmitten schwerer Krankheit durch einen tragischen Unfalltod aus dem Leben geschieden ist, einen Nachruf. Das Haus hatte sich zu Ehren des Verstorbenen von den Plätzen erhoben; die Kommunisten und Nationalsozialisten blieben der Kundgebung fern.

Auf der Tagesordnung steht als einziger Punkt die erste Beratung der Geleitwörter zur Durchführung der Haager Vereinbarungen.

Das Wort nimmt sofort

Reichsaußenminister Dr. Curtius.

Der Minister erinnert an die Regierungserklärung vom Juli 1928, an deren Spitze die Befreiung der besetzten Gebiete, die betrieblige Regelung der Saarfrage und eine endgültige Regelung der Reparationsfrage standen.

Am Ende eines anderthalbjährigen Ringens (siehe jetzt der letzte Räumungstermin und ein neuer Reparationsplan, der eine erhebliche Kapazitätsleistung mit sich bringt. Verhandlungen über die Saarfrage seien im Gange, die mit dem Ziele geführt würden, sobald wie möglich die restliche Mägligkeit des Saargebietes in die deutsche Souveränität zu erreichen.

Der Minister gibt dann einen Rückblick auf die letzten Jahre deutscher Außenpolitik, in deren Vordergrund die Räumungsfrage stand. Insbesondere würde die Revision des Dawesplanes in Deutschland, je kürzer sich der Druck seiner finanziellen und politischen Fesseln löst, umso dringender gefordert. Die deutsche Regierung hat die Möglichkeit der Verhandlungen über Reparationen und Räumung durchgesehen. Stresemann hat seine Kraft daran gesetzt, die Räumungsfrage zu lösen. Besondere Begünstigung bereite es ihm, daß das Ziel erreicht werden konnte, ohne daß es zur Einrichtung eines Kontrollorgans gegenüber dem Rheinland gekommen wäre.

Mit der Bewältigung des besetzten Gebietes fühlen alle verantwortlichen Politiker, daß der Tag der endgültigen Räumung ein demütigender Augenblick ist, in dem schwere Befürchtungen und Sorgen vergangener Jahre ausgegossen werden.

## Das Sanktionsystem.

Auf der zweiten Haager Konferenz wurde das Wert Stresemanns festgelegt. Das sogenannte Sanktionsystem des Verfallter Vertrages wurde bestritten.

Die Reparationskonferenz hat keine Funktionen mehr auszuüben.

Die bei dieser Gelegenheit ausgesprochenen Erklärungen beziehen sich auf den Fall, daß in Zukunft einmal eine deutsche Regierung den Plan abschließen könnte, das Sanktionsystem der Daweskonferenz zu beenden und die Sanktionen in allen praktisch überhaupt denkbaren Fällen gegen Währungs- und Gewalt geübt zu werden. Der Minister behauptet dann die bei den Haager Verhandlungen über den Young-Plan gemachten Zugeständnisse.

Eine Verheißung Deutschlands sei nicht eingetretten. Einen breiten Raum nehmen seine Ausführungen über die Liquidationsabkommen ein. Die Sonderverhandlungen über die Freigabe des noch nicht liquidierten Eigentums und Herausgabe von Ueberflüssen hätten zum Teil zu guten, zum anderen Teil zu geringen Ergebnissen geführt. In England unterliege die Freigabe leider großen Ausnahmen.

## Polenabkommen.

Der Inhalt und Zweck des polnischen Abkommens sind in der deutschen Öffentlichkeit vielfach in geradezu unbegreiflichem Maße verfaßelt worden.

Es sind Vorwürfe erhoben, Schlagworte geprägt und Schlussfolgerungen gezogen worden, die mit dem wahren Sachverhalt nicht das Geringste zu tun haben. Man ist so weit gegangen, zu sagen,

daß dieses keine Zweckabkommen die großen Fragen unserer Politik nicht nachteilig beeinflusse. Nichts von alledem ist wahr.

Abgeordneter Dr. Goebbels (Nat.-Soz.): Das glauben Sie ja selbst nicht! — Der Kaiser erhält einen Ordnungsruf. Für den gegenüber Polen ausgesprochenen Bericht sind wertvolle nationalpolitische Vorteile eingetauscht worden. Klammern für die deutsche Minderheit in Polen haben den Druck, der zehn Jahre nach dem Kriege auf ihr gelagert hat, erleichtert. Es ist richtig, daß wir eine finanzielle Belastung übernommen haben, je hält sich aber im Rahmen des Tragbaren und geht nicht im entferntesten in Milliardenbeträge. Dieser angebliche Milliardenverlust soll daher stehen, daß wir Polen von seiner Verpflichtung zur Bezahlung des deutschen Staatseigentums in den abgetretenen Gebieten befreit hätten. Es ist bis zum Ermüden immer und immer wieder schon betont worden, daß wir einen solchen Anspruch gegen Polen überhaupt nicht mehr hatten.

Wer behauptet, daß die durch das Abkommen gewonnenen nationalpolitischen Vorteile gering seien, hat den schmerzlichen Weg der deutschen Minderheit in Polen vergessen.

12.000 deutsche Rentenzuschüsse mit einer Familienopferzahl von etwa 80.000 Personen haben wir wenigstens in ihren Erbschaften sicherstellen können. Die Reichsregierung glaubt, daß wir durch dieses Abkommen einen Schritt weiter gekommen sind. Der Minister bekräftigt dann die zweite Haager Konferenz. Es ist gelungen, bei der Regelung der Pfandgebühren Fragen Deutschland vor weiteren Belastungen zu bewahren. Die Reichsregierung ist sich der Schwere der Last, die auf zwei Generationen gelegt wird, voll bewußt. Niemand vermag heute eine sichere Voraussetzung für eine so lange Zukunft über die Entwicklung des Wirtschaftslebens zu machen.











## Holzauktion.

Am **Freitag, den 14. ds. Mts.,** nachm. 2 Uhr sollen im Gemeinleer Forstwald, bei Vogelgesang gelegen **ca. 23 m Rollholz** **ca. 4 Stangenhaufen** öffentlich meistbietend verkauft werden. Bedingungen im Termin. Treffpunkt an der Gottwaldsmühle.  
Gommlo, den 12. Februar 1930.

Gemeindeförsterrat Gommlo.

## Grundstücksverkauf.

**Sonntag, den 16. Februar 1930,** von nachmittags 2 Uhr ab bin ich im **Gasthof Weiße in Globig** anwesend, um den **Acker, Wiese, Holzpläne** sowie **Stammhof** von Wilhelm Wehnert in Globig (früher Arthur Silbebrandt) im ganzen oder einzeln zu verkaufen.  
Die Wälder liegen in den Gemarkungen Globig, Parnitz, Kochwitz, Glöben und Warenburg.  
Bedingungen im Termin!  
**Robert Schüge, Preeßsch-Elbe, Fernruf 29**

## Rüchentaugen

empfehlend in reicher Auswahl  
**Richard Arnold**

## Karneval in Nizza

kaufen Sie zur Erhöhung des Festrubels

**Luftschlangen**  
**Konfetti-Schneebälle**  
**Kopfbekleidungen**

**Richard Arnold, Leipzigerstraße**

## Fahrschulbildung.

**Nur noch kurze Zeit**  
KL 3b (Berl. u. Ostw.) RM. 75.—  
KL 1 (Motorrad) RM. 15.—  
Vollausbildung  
Bei größ. Beteiligung Vergünstigung  
**Auto-Heinze, Wittenberg**

**Haaransfall!**  
Haarkrankheiten, Schuppen werden verhilft, dünnes Haar wird voller durch regelmäßigen Gebrauch von **Kreimbachs weltberühmter Haartinktur.**  
Seit 39 Jahren tausendfach bewährt. Vervollständig empfohlen, gel. geschäftig.  
Preis 3.— Zu haben im **Friseurgeschäft Walter Morawiek**

**Briefkassellen**  
**Kartenskassellen**  
in neuesten Ausführungen hat wieder am Lager  
**Rich. Arnold, Kemberg**

## Stellen-Anzeigen

für den

## Personal-Anzeiger des Daheim

werden durch unsere Geschäftsführerin Leipziger Straße 64 ohne Spesenzuschlag vermittelt. Das Publikum hat nur nötig, die kleinen Anzeigen bei uns abzugeben und die Gebühren zu entrichten. Die Anzeigenpreise des „Daheim“ sind im Vergleich zur hohen, über ganz Deutschland gehenden Auflage und der zuverlässigen Inseratwirkung niedrig; sie betragen gegenwärtig nur 1 M. für die Zeile (= 7 Silben) bei Stellenangeboten und nur 75 Pf. bei Stellengebühen. Wir empfehlen, die Anzeigen frühzeitig aufzugeben.

**Kemberger Zeitung**

## Wir liefern ab Lager Kemberg und frei Hof:

Thomasmehl  
Kainit  
Kali 40 %  
Superphosphat 18 %  
schwefels. Ammoniak  
Natrionsalpeter  
Kalksalpeter  
Leunasalpeter  
Kalkstickstoff  
Ammon-Super 9x9  
Nitrophoska

Bestellungen auf Lieferungen ab Waggons zu ermäßigten Preisen nehmen wir gern entgegen.

## Kornhaus Wittenberg

e. G. m. b. H.

Niederlage Kemberg

## M.T.V.



Am **Sonnabend, den 14. Februar** findet im Hotel „**Blauer Hecht**“ unser diesjähriges Faschingsvergnügen unter dem Motto:

## Karneval in Nizza

statt, wozu hiermit alle Einwohner von Kemberg und Umgegend ergebenst eingeladen werden.

Bring Karneval, welcher mit seinen Trabanten sein Erscheinen angeht hat, liebt es, sein Volk in den buntesten Farben verkleidet vorzufinden. (Die größten Narren sind ihm die liebsten.) Für Unterhaltung u. Abwechslung aller Art ist bestens gesorgt. Mit den schönsten Ueberraschungen warten wir auf.

**Punkt 8 Uhr: Beginn des Karnevalbetriebs**  
**Punkt 10 Uhr: Einzug des Prinzen**

Der Vergnügungsausschuß des Männer-Turnvereins Kemberg



## M.T.V.

Morgen Donnerstag  
empfehle von 3 Uhr ab  
in feinsten Qualität:

**Windbeutel u. Schillerlocken**  
mit Schlagsahne  
**Cremeschnitte**  
**Apfelstrudel**  
**Plunderhörnchen**  
ff. Pfannkuchen  
**Ernst Wend**  
Bäckerei - Konditorei  
Telefon 338

Morgen Donnerstag von 2 Uhr  
frische  
**Schaum-, Fasten-, Mohn- und Kummel-Brezeln**  
sowie täglich frisches  
**Kaffee- und Tee-Gebäck**  
**D. Hermann, Bäckerei**  
Morgen Donnerstag  
nachmittags von 1 Uhr an frische  
**Schaum- und Fasten-Brezeln**  
**Bäckerei Matthes**

**Opel 4/16**  
offen, Vierzylinder, Kühn-Karosserie, Zylinder ausgeglichen mit neuen Rollen, neue Batterie usw. sofort gegen **Rafse 500.— M.**

**N. S. U. 250 ccm**  
mit elektrischem Licht, Vorschhorn, sofort gegen **Rafse 300.— M.**  
verkauft  
**Georg Conrad, Preeßsch (Elbe)**

**Butterbrotpapier**  
in Rollen  
empfehlend **Richard Arnold**

Ein ehrliches, fleißiges  
**Dienstmädchen**  
im Alter von 17—19 Jahren, sowie ein  
**Lehrling**  
stellt ein  
**Otto Lüder, Fleischermeister, Wittenberg — Telefon 511**

**M.-S.-B.**  
Heute **Mittwoch 1/2 9 Uhr**  
in der Turnhalle  
**Altersriege**

## M.T.V.

## M.T.V.

## Markt „Blauer Hecht“ Markt

Am **Sonntag, abends punkt halb 9 Uhr**  
Einen beispiellosen Erfolg verbürgt der Monumentalfilm, welcher in der Wüste Sahara spielt.

## Das größte Opfer

Ein exotisches Wüstendrama in 8 Akten  
Naturwahre Aufnahmen von 2000 Arabern mit kilometerlanger Kamelkarawane in der Sandwüste der Sahara. Von einem Trappistenkloster aus führt der Film in die Geheimnisse und Schönheiten des Orients. — Tausende von wilden Arabern auf ihren feurigen Pferden bilden den unvergesslichen Hintergrund in diesem weltberühmten Drama von Liebe und Aufopferung.

Der Höhepunkt des Films ist ein Wüstensturm in der Sahara, dessen Verfilmung eine Gipfelleistung kinematographischer Kunst darstellt. Turmhohe Sandwellen stürmen auf die hilflosen Menschen ein, glutrot ist der Himmel, man sieht nur Sand, Sand. Trotzdem liegt in diesen wenigen Szenen soviel Geschehen, Leben und Tragödie, daß man es unmöglich mit Worten schildern kann.

Das außerordentlich reichhaltige Beiprogramm bringt

## Galavorstellung der bösen Buben

Lustspiel in 2 Akten

## Verliebte alte Esel

Groteske in 2 Akten

## Lebenswunder im Pflanzenreich

Kulturfilm

## Auf nach Rotta zum „Bauernball“



Wie alljährlich feiert die Gemeinde Heidekraut ihren **Bauernball**

im Rumpfschen Votale in Rotta und zwar am **Sonntag, den 16. Februar**

Dazu laden wir alle Freunde und Nachbarn aus Nah und Fern herzlichst ein

Die Gemeinde Heidekraut.

## Handtaschen & Aktenmappen

**Portemonnaies - Reisekoffer**

empfehlend billigt

**Richard Arnold**

Für die uns bei dem so unerwartet betroffenen Verlust in so reichem Maße erwiesene Anteilnahme danken wir auf diesem Wege allen herzlichst. Besonders danken wir der Schützengilde, dem Krieger- und Landwehr-Verein, dem Gastwirte- und dem Turnverein für das ehrenvolle Geleit zur letzten Ruhestätte.

Waldhaus Niemitz, den 12. Februar 1930.

Im Namen aller Hinterbliebenen  
**Gertrud Geßner.**



# Kemberger Zeitung

vormals General-Anzeiger für Kemberg, Bad Schmiedeberg und Umgegend

Erscheint wöchentlich dreimal: Montag, Mittwoch und Freitag abends mit dem Datum des folgenden Tages. / Wöchentliche Beilagen: "Landmanns Sonntagblatt" und "Auswertetes Anzeigerblatt". — Bezugspreis: Monatlich für Abholer 1,25 M., durch Boten ins Haus gebracht in Kemberg 1,35 M., in den Landorten 1,40 M., durch die Post 1,45 M. — Im Falle höherer Gewalt, Betriebsstörung, Streik usw. erfolgt jeder Anspruch auf Lieferung bzw. Rückzahlung des Bezugspreises.



Anzeigenpreis: Die Spaltenweise Preitszeile oder deren Raum 15 Pfa., die Spaltenweise Zeilenweise 40 Pfa., Ausnahmefälle 50 Pfa. / Für Aufnahme von Anzeigen an bestimmten Tagen und Plätzen, sowie für richtige Wiederbelegung unbedeutend geladener oder durch Fernsprecher aufgegebenen Anzeigen wird keinerlei Garantie übernommen. / Beilagengebühr: 10 — Mk. das Ausland, zusätzlich Postgebühr, Schluss der Anzeigenannahme vormittags 10 Uhr, spätere Anzeigen tags zuvor.

Amtsblatt für den Magistrat zu Kemberg, das Amtsgericht und verschiedene Gemeinden

Nr. 18

Donnerstag, den 13. Februar 1930

32. Jahrg.

## Brennholzversteigerung.

Sonnabend, den 15. Februar, vormittags 10 Uhr, sollen im Stadthof Döppin

- 67 rm kiefernes Scheitholz,
- 130 rm kiefernes Rollholz (Kahltrieb)
- 15 rm Buche und Eiche,
- 45 Reifstößen.

versteigert werden.

Sammelort: Forsthaus, Bedingungen im Termin. Kemberg, den 10. Februar 1930.

Der Magistrat.

## Neues in Kürze.

\* In der mit Spannung erwarteten ersten Reichstagsitzung über die Annahme oder Ablehnung der Younggeetze kam es zu sehr erregten Szenen.

\* Der österreichische Bundeskanzler Schöberl hat sich über sein Verhältnis zu Deutschland sehr herzlich ausgesprochen.

\* Auf der Seeflotenz in London stellte England im Einverständnis mit Amerika den Antrag auf gänzliche Abschaffung der U-Bootwaffe.

\* Eine überfüllte Versammlung der Beamtenbankläubiger fand im Großen Schauspielhaus zu Berlin statt, bei der es sehr erregt zuging.

\* Der Reichsfinanzminister hatte wieder eine Aussprache mit den Parteiführern und Finanzsachverständigen der Regierungsparteien, in der er auf einer Sanierung des Haushalts im Jahre 1930 bestand.

## Schwere Parlamentsarbeit.

Schon die erste Reichstagsitzung zeigte, daß das augenblicklich zu bewältigende Arbeitsgebiet derart groß und umfangreich ist, daß das Haus aus höchster angespannt in Anspruch genommen sein wird, um die Eile unter Dach und Fach ist. Wurde der Versuch unternommen, auch die Young-Beratung noch zu verschieben, um zunächst eine Verständigung über die Steuern, also die Deckung des Fehlbetrages zu erzielen und womöglich gleichzeitig einen festen Plan für die Finanzreform zu gewinnen, so hat der Außenminister diese Verzögerungstaktik abgelehnt, da er mit Recht den Hinweis bringen konnte, dann sei nicht mit Sicherheit zu rechnen, daß die dritte Besatzungszone am 1. April frei werde. Die Parteien hatten zunächst den Versuch gemacht, die Steuerfragen mit der Young-Beratung zu verbinden, sind aber, infolge der vielen Widerstände davon abgekommen und werden während der Zeit, da sie die Young-Gesetze beraten, ihre Finanzsachverständigen sprechen lassen. Diese traten bereits zusammen mit der Aufgabe, die Vorschläge Wolbenhauers zu überprüfen und eine Mehrheit für die Eiletsberatung zu suchen, um den Eilets reibungslos zu verabschieden. Daß den Koalitionsparteien daran liegt, jede Krise zu vermeiden, ist wiederholt betont worden. Auch die Einlesung des Ausschusses der Finanzsachverständigen läßt es erkennen. Wir sind also in diesen Tagen nach zwei Seiten interessiert. Die eine ist der Youngplan und die ihm anhängenden Gesetze. Es ist wohl über die meisten Fragen, die hier zur Verhandlung stehen, eine Einigung gefunden worden, aber noch immer drängt sich mit dem politischen Liquidationsabkommen eine Schwierigkeit auf. Immerhin dürfte sich eine Mehrheit für die Vorlagen des Außenministers einstellen.

Aber ungewissheit wird die andere Frage, der Eilets die notwendige Steuererhöhung, die Fraktionen weiter in Bewegung halten. Es ist interessant, die Auffassung des Reichsfinanzministers zu prüfen, die mit einem Mehrbedarf von 1695 Millionen Mark abschließt und einzelne Ausgabeposten enthält, die man in der großen Debatte, welche Steuern und wieviel Steuern gefordert werden sollen, völlig überhäßt. Daß aus dem Jahre 1928 ein Fehlbetrag von 155 Millionen vorliegt, ist bekannt, daß für den Tilgungsfonds für schwedische Schuld 450 Millionen eingeleistet werden müssen, ist das Verdienst des Herrn Schacht, der eine langfristige Anleihe verhinderte, daß 50 Millionen für Anleihe-Ablösung eingeleistet werden, entspricht der gleichen Ursache. Nun aber zeigt sich, daß man die Beihilfe für die Arbeitslosenversicherung bei ihrer angeblichen Reform gang willkürlich zu niedrig nahm, denn heute sieht man ein, daß wenigstens 370 Millionen notwendig sind, dazu kommt ein Zuschuß an die Invalidenversicherung mit 170 Millionen, ein Zuschuß für die Rentenfürsorge mit 100 Millionen und zeigt, wie die sozialen Ausgaben erheblich dazu beitragen, uns statt Steuerermäßigungen

Steuererhöhung zu bringen. Auffallend ist aber der Vorkurs von 230 Millionen Mark, mit dem der Finanzminister den Steuererhöhung einräumt. Hier wird also ohne weiteres zugegeben, daß entweder die wirtschaftliche Notlage oder die Unfähigkeit der breiten Masse Steuern zu zahlen, die Steuervoranschläge über den Saufen wirft. Angeht dies die Vorarbeiten ist die Ergebnis von 702 Millionen aus dem Youngplan ein Tropfen auf dem heißen Stein. Was sollte mit den 700 Millionen alles geheißen, welche großen Pläne waren gereift, wie hat man mit Zahlen jongliert und verheißt, jetzt werde sich sofort die Minderzahlung für Reparationen bemerkbar machen? Mit Mühe best der Finanzminister die Passivseite und hier werden die Finanzsachverständigen der Parteien zu prüfen haben, ob sie dem Finanzminister folgen können. Daß an den Anträgen, die so vorfristig genommen sind, geirrt werden kann, ist nicht annehmlich. Außerdem geht die Erfahrung des letzten Jahres, daß es besser ist, nicht willkürliche Streichungen vorzunehmen, da dann doch eine Staatsüberforderung kommen müßte.

Weber die geforderten Steuern ist genug gesagt worden. Sie sehen Bestirmer und Wähler. Sie finden



Schon erfahren mußte, wie richtig eine Einzelmeinung war und sein wird.

## Curtius über den Haag.

Kampfbeginn im Reichstag.

→ Berlin, 12. Februar.

Weberfüllte Logen und Tribünen, volles Haus, ein Meer von Ministerialreferenten und Beamten, auf den Plätzen des Reichsrats und der Rundergehung Kopf an Kopf, auf der Regierungsbank neben dem Reichskanzler und dem Minister für die besetzten Gebiete der Hauptredner des Tages, Reichsaußenminister Dr. Curtius — alles Vorzeichen und Gepräge eines ganz großen Tages, über dem Ganges etwas Ungeheures, Unbestimmtes — ein Fieber von Erwartung und Spannung — als Reichstagspräsident Rede die Sitzung um 12 Uhr eröffnet.

### Eine erregte Sitzung.

Er widmet zunächst

dem Abgeordneten Dr. Leni,

der inmitten schwerer Krankheit durch einen tragischen Unfallsturz aus dem Leben geschieden sei, einen Nachruf. Das Haus hatte sich zu Ehren des Verstorbenen in den Plätzen erhoben; die Kommunisten und Nationalsozialisten blieben der Rundgebung fern.

Auf der Tagesordnung steht als einziger Punkt die erste Beratung der Gehehtverträge zur Durchführung der Haager Vereinbarungen.

Das Wort nimmt sofort

### Reichsaußenminister Dr. Curtius.

Der Minister erinnert an die Regierungserklärung vom Juli 1928, an deren Spitze die Befreiung der besetzten Gebiete, die betriebende Regelung der Saartfrage und eine endgültige Regelung der Reparationsfrage standen.

Am Ende eines anderthalbjährigen Ringens steht jetzt der feste Räumungstermin und ein neuer Reparationsplan, der eine erhebliche Lastentlastung mit sich bringe. Verhandlungen über die Saartfrage seien im Gange, die mit dem Ziele geführt würden, sobald wie möglich die restliche Räumung des Saargebietes in die deutsche Souveränität zu erreichen.

Der Minister gibt dann einen Rückblick auf die letzten Jahre deutscher Außenpolitik, in deren Vordergrund die Räumungsfrage stand. Andererseits würde die Revision des Youngplans in Deutschland, je härter sich der Druck seiner finanziellen und politischen Folgen fühlbar machte, umso dringender gefordert. Die deutsche Regierung hat die Gleichzeitigkeit der Verhandlungen über Reparationen und Räumung durchgesetzt. Stresemann hat seine letzte Kraft daran gesetzt, die Räumungsfrage zu lösen. Besondere Bemühung bereite es ihm, daß das Ziel erreicht werden konnte, ohne daß es zur Einrichtung eines Kontrollorgans gegenüber dem Rheinland gekommen wäre.

Mit der Realisierung des letzten Gehehtes fassen alle verantwortlichen Politiker, daß der Tag der endgültigen Räumung ein denkwürdiger Augenblick ist, in dem schwere Befürchtungen und Sorgen vergangener Jahre ausgelöst werden.

### Das Sanktionsystem.

Auf der zweiten Haager Konferenz wurde das Werk Stresemanns fortgesetzt. Das sogenannte Sanktionsystem des Versailles-Vertrages wurde befestigt.

Die Reparationskonferenz hat keine Funktionen mehr auszuüben.

Die bei dieser Gelegenheit ausgetauschten Erklärungen beziehen sich auf den Fall, daß in Zukunft einmal eine deutsche Regierung den Plan abschließen gedenke. Sie stellen fest, daß die Gläubigerregierungen selbst im äußersten Falle nicht das Recht haben, auf Grund einseitiger Annahmen und Behauptungen gegen Deutschland vorzugehen. Erst nach einem für Deutschland ungünstigen Spruch der höchsten internationalen Instanz erhalten sie das Recht voller Handlungsfreiheit wieder, nachdem also auch Deutschland die Handlungsfreiheit eigenmächtig für sich in Anspruch genommen hat. Es ist nochmals festzuhalten, daß das Versailles Sanktionsystem beständig und Deutschland künftig in allen praktisch überhaupt denkbaren Fällen gegen Willkür und Gewalt geschützt ist. Der Minister behandelt dann die bei den Haager Verhandlungen über den Young-Plan gemachten Zugeständnisse.

Eine Mehrbelastung Deutschlands sei nicht eingetreten.

Einen breiten Raum nehmen seine Ausführungen über die Liquidationsabkommen ein. Die Sonderverhandlungen über die Freigabe des noch nicht liquidierten Eigentums und Herausgabe von Ueberflüssen hätten zum Teil zu guten, zum anderen Teil zu geringen Ergebnissen geführt. In England unterliefen die Freigabe leider großen Ausnahmen.

### Dolenabkommen.

Der Inhalt und Zweck des polnischen Abkommens sind in der deutschen Öffentlichkeit vielfach in geradezu unbegreiflichem Maße verfläht worden.

Es sind Vorwürfe erhoben, Schlagworte geprägt und Schlussfolgerungen gezogen worden, die mit dem wahren Sachverhalt nicht das Geringste zu tun haben. Man ist so weit gegangen, zu sagen:

daß dieses reine Zweckabkommen die großen Fragen unserer Ostpolitik nachteilig beeinflusse. Niemand von alledem ist wahr.

Abgeordneter Dr. Goebels (Nat.-Soz.): Das glauben Sie ja selbst nicht! — Der Vater erhält einen Ordnungsruf.) Für den gegenüber Polen ausgeprochenen Verdacht sind wertvolle nationalpolitische Vorteile eingetauscht worden.

Namentlich für die deutsche Minderheit in Polen haben wir den Druck, der zehn Jahre nach dem Kriege auf sie gelassen hat, erloschen. Es ist richtig, daß wir eine finanzielle Belastung übernommen haben, die sich aber im Rahmen des Tragbaren und geht nicht, im entferntesten in Milliardenbeträge. Dieser angebliche Milliardenverdacht soll daher stehen, daß wir Polen von seiner Verpflichtung zur Bezahlung des deutschen Staatseigentums in den abgetretenen Gebieten befreit hätten. Es ist bis zum Ermden immer und immer wieder schon betont worden, daß wir einen solchen Anspruch gegen Polen überhaupt nicht mehr hatten.

Wer behauptet, daß die durch das Abkommen gewonnenen nationalpolitischen Vorteile gering seien, hat den schwereren Weg der deutschen Minderheit in Polen vorgezogen.

12 000 deutsche Rentengutsbesitzer mit einer Familienkopzahl von etwa 80 000 Personen haben wir wenigstens in ihren Erträgen sicherstellen können. Die Reichsregierung glaubt, daß wir durch dieses Abkommen einen Schritt weitergekommen sind. Der Minister bekräftigt dann die zweite Haager Konferenz. Es ist gelungen, bei der Regelung der Pfandgebühren Fragen, die Deutschland vor weiteren Belastungen zu bewahren. Die Reichsregierung ist sich der Schwere der Last, die auf zwei Generationen gelegt wird, voll bewußt. Niemand vermag heute eine sichere Voraussage für eine so lange Zukunft über die Entwicklung des Wirtschaftslebens zu machen.